

Der Staatsminister

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Postfach 10 03 29 | 01073 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Alexander Dierks
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Durchwahl
Telefon: 0351 564-80001
Telefax: 0351 564-80080

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
KL-1053/118/2-2024/53550

Dresden, 22. Oktober 2024

Kleine Anfrage des Abgeordneten Thomas Thumm (AfD)
Drs.-Nr.: 8/77
Thema: Sorge vor Arbeitsplatzabbau bei VW in Chemnitz

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen des Fragestellers vorangestellt:

„Laut Antwort auf Frage 4 der Drs. 7/14654 steht die Sächsische Staatsregierung im ständigen Austausch mit der im Freistaat ansässigen Automobilindustrie. Ein Vorstoß Richtung Bund, um die Arbeitsplätze bei VW für Sachsen zu sichern, wurde seitens der Staatsregierung seit dem 21. September 2023 nicht unternommen, weil Bemühungen im Sinne der Fragestellung, vgl. Drs. 7/14654, (im Hinblick auf die künftige „Trinity“-Plattform des Konzerns in Zwickau) aus Sicht der Staatsregierung aktuell nicht erforderlich gewesen seien.“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wann hat die Staatsregierung, die nach eigenem Bekunden im ständigen Austausch mit der im Freistaat ansässigen Automobilindustrie steht, Kenntnisse von den Sparplänen des VW-Konzerns erlangt?

Im Oktober 2023 ließ die VW Sachsen GmbH erste befristete Arbeitsverträge auslaufen, reduzierte die Produktionskapazität am größten Standort in Zwickau/Mosel und kündigte in diesem Zuge eine Änderung des Schichtsystems an. Ein mit Zwickau konkurrierender Hochlauf der E-Autoproduktion am Wolfsburger Standort des Mutterkonzerns VW AG erfolgte nur teilweise. Seitdem war klar, dass der Volkswagenkonzern unter Absatz- und folglich Auslastungsproblemen leidet. Über die Ankündigung der weitergehenden Sparpläne der VW AG vom 2. September 2024 war die Staatsregierung nicht vor eben diesem Datum unterrichtet.




Hausanschrift
Sächsisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Arbeit und Ver-
kehr
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

Außenstelle
Ammonstraße 10
01069 Dresden

www.smwa.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien
3, 7, 8 - Haltestelle Carolaplatz

* Information zum Zugang für ver-
schlüsselte elektronische Dokumente
unter [www.smwa.sachsen.de/kon-
takt.htm](http://www.smwa.sachsen.de/kontakt.htm)

 [poststelle@smwa-sachsen.
de-mail.de](mailto:poststelle@smwa-sachsen.de)

Frage 2: Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über die Folgen der Sparpläne des VW-Konzerns für den Standort Chemnitz?

Die Staatsregierung hat hierzu keine konkrete Kenntnis, da die VW AG die Umsetzung des Sparkonzepts derzeit erst erarbeitet. Es ist unklar, was dies für die VW Sachsen GmbH als Konzerntochter und ihre Standorte bedeutet. Das VW-Motorenwerk in Chemnitz zählt jedoch zu den sehr produktiven Konzernstandorten und fertigt aktuell unter Vollauslastung 700.000 Motoren pro Jahr. Die Staatsregierung sieht daher derzeit keine Anhaltspunkte für negative Auswirkungen auf den Standort Chemnitz.

Frage 3: Wie viele Leiharbeiter sind aktuell bei VW am Standort Chemnitz beschäftigt?

Frage 4: Wie viele Auszubildende sind in welchem Lehrjahr aktuell bei VW am Standort Chemnitz beschäftigt?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 3 und 4:

Nach Informationen der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen liegen keine statistischen Angaben im Sinne der Fragestellung vor.

Frage 5: Sieht die Staatsregierung inzwischen politischen Handlungsbedarf, um bessere Rahmenbedingungen für einen Erhalt der Arbeitsplätze, insbesondere bei VW in Chemnitz sowie den weiteren sächsischen Standorten, zu schaffen?

Als wichtiges Automobilstandort mit Produktionsstandorten mehrerer Marken, darunter auch drei des Volkswagenkonzerns in Zwickau, Chemnitz und Dresden, verfolgt die Staatsregierung die aktuellen Entwicklungen sehr genau. Die Nachteiligkeit mehrerer Standortfaktoren in Deutschland betrifft nicht nur die Fabriken eines einzelnen Unternehmens, sondern die gesamte Industrie – wenn auch in unterschiedlichem Maße. Aktuell sieht die Staatsregierung politischen Handlungsbedarf zuvorderst auf Ebene des Bundes. Die Bundesregierung führt dazu beispielsweise auf höchster Ebene Gespräche mit Vertretern der Automobilindustrie.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Dulig